

Der SPD-Wortbruch kommt die Berliner teuer zu stehen

Rot-grünes Bündnis in Berlin

Die Koalitionsvereinbarungen von SPD und Alternativer Liste

In Berlin hat die SPD — wie vor Jahren bereits in Hessen — wieder einmal die Wähler betrogen. Vor der Wahl erklärte das Präsidium der SPD mit Hans-Jochen Vogel an der Spitze: „Wer AL wählt, bewirkt Unsicherheit und Instabilität.“
(SPD-Pressemitteilung, 23. Januar 1989)

Der SPD-Spitzenkandidat Walter Momper versprach den Wählern vor der Wahl: „Keine Koalition mit der AL.“ (Bild Berlin, 25. Januar 1989) Und wenig später: „Mit der AL kann es im Interesse Berlins keine Koalition geben.“ (Bremer Nachrichten, 30. Januar 1989)

Die SPD hat ihre Zusage gebrochen. Inzwischen sagt Momper: „Ich bin ein nachdrücklicher Befürworter eines rot-grünen Bündnisses in Berlin!“ (ARD, „Kontraste“, 14. Februar 1989)

Die SPD hat mit der Alternativen Liste ein Regierungsprogramm ausgehandelt und eine Koalition vereinbart. Alle Bedenken, die sie vor der Wahl gegen die AL vorgebracht hatte — Rolle der Alliierten, Bindung an den Bund, Gewaltverzicht —

waren über Nacht gegenstandslos geworden. Die SPD verhilft damit einer Partei zur Regierungsmacht, die in ihrem eigenen Programm die parlamentarische Demokratie in Zweifel zieht und verunglimpft und die Gewalt und Druck der Straße als Mittel der Politik zuläßt. Rot-grün soll zum Modell für Bonn werden.

Jetzt versucht die SPD, ihren Wortbruch zu vertuschen. Auf allen Kanälen ihrer publizistischen Hilfstruppen versucht sie eine Legendenbildung: Die CDU habe die mögliche große Koalition nicht gewollt. Tatsache ist: Die SPD hat nie ernsthaft erwogen, eine Regierungskoalition mit der CDU einzugehen. Eine Mehrheit in der SPD wollte rot-grün.

Die CDU dagegen hat ihre Bereitschaft zu ernsthaften Gesprächen immer wieder betont: Schon am Wahlabend (29. Januar) hat der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen im ZDF versichert, es komme jetzt darauf an, „daß die großen demokratischen Parteien zusammenarbeiten“. Und auf die Frage, ob dies das „Angebot der CDU an die SPD (wäre), eine große Koalition zu bilden“, fügte Diepgen hinzu: „Das ist meine Meinung, ja.“ In derselben ZDF-Sendung hatte der SPD-Spitzenkandidat Momper übrigens 20 Minuten vorher noch einmal beteuert, mit ihm werde es keine Koalition mit der AL geben!

Am Tag nach der Wahl hat CDU-Generalsekretär Heiner Geißler im WDR-Morgenmagazin unmißverständlich erklärt, „die beiden großen Parteien müssen jetzt zu einem Konsens kommen, um eine gemeinsame Regierung zu bilden“. Und in der Tagesschau am selben Abend hat Eberhard Diepgen noch einmal versichert, daß die „großen politischen Parteien in Berlin über die Regierungsbildung“ sprechen würden. Auch als die SPD schon zu förmlichen Koalitionsverhandlungen mit der AL entschlossen war, blieb die Berliner CDU für den Fall gesprächsbereit, daß die SPD ernsthaft an einer Übereinkunft mit der CDU interessiert sei.

Aus rein taktischen Überlegungen unterbrach die SPD vorübergehend ihre Gespräche mit der AL, und ihr Spitzenkandidat Momper traf sich mit dem Regierenden Bürgermeister am 23. Februar zu einem Gespräch unter vier Augen. Doch kurz vorher hatte sich der Geschäftsführende Landesvorstand der SPD dafür entschieden, die offiziellen Koalitionsverhandlungen mit der AL wieder aufzunehmen. Die CDU sollte also durch Scheinverhandlungen von der SPD als Disziplinierungsinstrument gegen die Alternative Liste eingesetzt werden. Deshalb konnte und wollte die CDU die Gespräche mit der SPD nicht fortsetzen, solange nicht deutlich war, daß die SPD in der CDU eine ernstzunehmende Alternative und nicht nur ein Alibi oder eine Hintertüre sah für den Fall, daß es mit der AL doch nicht klappen würde. Inzwischen gibt Momper selbst zu: „Ich hatte schon das Gefühl, daß er (Diepgen) eine große Koalition gewollt hat.“ (ZDF, „Was nun, Herr Momper?“; 7. März 1989)

Die Regierungsunfähigkeit ist vorprogrammiert

Die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und AL ist über weite Strecken nur ein Formelkompromiß. Das AL-Mitglied Rainer Kunzelmann stellte fest, die

Vereinbarung sei in „Gummisprache“ formuliert worden. (Tagesspiegel, 8. März 1989)
 Weil man sich in wichtigen Sachfragen nicht einigen konnte, wurden 27
 Kommissionen eingesetzt, die — wohlgermerkt **nach** der Regierungsübernahme! —
 Lösungen finden sollen. Das rot-grüne Bündnis in Berlin steht damit auf tönernen
 Füßen. Es ist eine Koalition mit unkalkulierbaren Risiken. Der Spagat zwischen
 alternativer Basis und Koalitionsdisziplin im Parlament wird ein ständiges Element
 der Unsicherheit in diesem Regierungsbündnis sein. Die Regierungsunfähigkeit ist
 vorprogrammiert.

Umfragen haben gezeigt, daß die Berliner einen rot-grünen Senat mehrheitlich
 ablehnen: 59 Prozent haben sich dagegen ausgesprochen (ZDF, „Was nun, Herr
 Momper?“, 7. März 1989); 58 Prozent hätten lieber Eberhard Diepgen als Regierenden
 Bürgermeister, während Walter Momper nur bei 18 Prozent Zustimmung findet
 (a. a. O.).

Auch bei den Alternativen ist die Überzeugung, einen tragfähigen Senat bilden zu
 können, nicht sehr stark ausgeprägt. Die „ÖkosozialistenInnen“ der AL erklärten
 bereits zur Koalitionsvereinbarung: „Nicht 90 Prozent Übereinstimmung — wie
 Momper betonte — sondern 90 Prozent Dissens ist das Ergebnis.“ (Presseerklärung
 Siggie Friess, 6. März 1989) Der Verhandlungsführer der AL, Christian Ströbele,
 bewertete das Ergebnis als „gerade ausreichend, um es zu versuchen.“ (ZDF,
 „Heute-Journal“, 7. März 1989) Er räumte aber ein, das Ergebnis beinhalte „ein hohes
 Risiko für ein rot-grünes Bündnis“. (taz, 7. März 1989)

Der erfolgreiche Kurs von Richard von Weizsäcker und Eberhard Diepgen wird abgebrochen

Die besonderen Gefährdungen rot-grüner Politik für Berlin macht ein Blick in die
 Geschichte deutlich: Nach dem Mauerbau 1961 gab es eine zweite Welle der
 Abwanderung aus Berlin, wie sie die Berliner schon nach dem Zusammenbruch 1945
 erlebt hatten. Die quantitative und qualitative Auszehrung der Stadt setzte sich auch
 nach dem Abschluß des Vier-Mächte-Abkommens fort. Man sprach von einer
 sterbenden Stadt und sagte für die Jahrtausendwende eine Einwohnerzahl von nur
 noch 1,6 Millionen voraus.

Die CDU hat 1981 die Verantwortung für eine Stadt übernommen, die nicht willens
 und in der Lage war, sich selbst zu helfen; eine Stadt, die ihren eigenen Kräften nicht
 mehr vertraute und deswegen nach außen hin auch kein Vertrauen ausstrahlen und
 gewinnen konnte.

Der CDU-geführte Senat hat diesen geistigen und materiellen Auszehrungsprozeß
 gestoppt und umgekehrt. Berlin wurde wieder ein Magnet und eine lebendige Stadt. Es
 wurden neue Firmen für Berlin geworben und alte zu arbeitsplatzschaffenden

Investitionen angeregt. 50.000 zusätzliche Arbeitsplätze seit Anfang 1984 sprechen für sich. Das Ansehen Berlins ist weltweit gewachsen. Berlin — bislang ein Symbol der äußeren Krisen und des inneren Unfriedens — wurde zu einer Stadt des Aufschwungs, des Dialogs und der internationalen Kommunikation.

Der Senat hinterläßt ein aufgeräumtes Haus und geordnete Finanzen. Wenn der neue Senat nur das weiterführte, was unter der CDU begonnen wurde, dann könnte man in vier Jahren von einer erfolgreichen Bilanz sprechen.

Doch das rot-grüne Bündnis bricht den erfolgreichen Kurs von Richard von Weizsäcker und Eberhard Diepgen ab. **Die Risiken für die Stadt sind groß:**

- Die Koalition entsteht aus einem Wortbruch der SPD und ihres Vorsitzenden. Wer seine Arbeit mit einem Wortbruch beginnt, kann nicht erwarten, daß man ihm in Berlin, im Westen oder im Osten noch Vertrauen entgegenbringt.
- In den Vereinbarungen zur Deutschland- und Berlinpolitik fehlt jedes Bekenntnis zur Einheit Berlins und Deutschlands und zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen. Statt dessen ist von fortdauernder Zwei-Staatlichkeit Deutschlands die Rede.
- SPD und AL planen eine Politik auf Pump, zu Lasten der jungen Generation. Bis 1992 wird sich im Berliner Haushalt ein Loch von 4,5 Milliarden Mark auftun. Wenn der Bund für die zusätzlichen Spesen nicht aufkommen will, wird er vermutlich der Berlin- und Reformfeindlichkeit bezichtigt werden.
- Die Ausländerpolitik von SPD und AL wird die Probleme der Zuwanderung weiterer Ausländer drastisch verstärken.
- SPD und AL gefährden die ersten Erfolge eines wirtschaftlichen Strukturwandels und der Ansiedlung neuer Betriebe und Arbeitsplätze in Berlin.
- Berlin droht ein Abgleiten ins Provinzielle. Fast alle Punkte des sogenannten Regierungsprogramms beziehen sich auf kommunale Vorhaben. Gerade Berlin lehrt aber, daß eine Kommunalpolitik, die die Rolle Berlins in der Mitte Europas vernachlässigt, zum Scheitern verurteilt ist.

Die Menschenrechte der Deutschen in der DDR werden verraten

Berlin ist das Symbol der deutschen Einheit und des Willens der Deutschen zur Wiedervereinigung — nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. J. F. Kennedy hat bei seinem Besuch ausgerufen: „Ich bin ein Berliner.“ Der frühere SPD-Oberbürgermeister Reuter hat die Völker der Welt beschworen: „Schaut auf diese Stadt!“

Der deutschland- und berlinpolitische Teil des Koalitionspapiers ist ein Kotau vor den SED-Machthabern in Ostberlin und ein Dokument der Schande. Er enthält:

- kein Wort zur Wiedervereinigung;
- kein Wort zum Selbstbestimmungsrecht, mit dem das deutsche Volk die Einheit in Freiheit wiedererlangen soll;
- kein Wort dazu, daß Berlin ohne die Perspektive eines einheitlichen Deutschlands auf Dauer keine Zukunft hat;
- kein Wort zur Freiheit, die von überragender politischer Bedeutung für Berlin ist: die Menschen im Ost-Teil der Stadt wollen sie erlangen, die Menschen im West-Teil wollen sie bewahren;
- kein Wort zu Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl sowie
- kein Wort zur permanenten Verletzung der Menschenrechte in der DDR.

SPD und AL akzeptieren die Zweistaatlichkeit und schreiben sie im Sinne der SED fest; sie üben damit Verrat an der Wiedervereinigung: „Eine europäische Friedensordnung wird es . . . nur mit zwei gleichberechtigten . . . Staaten geben können, die ihre Existenz nicht gegenseitig in Frage stellen.“ Wenn SPD und AL auf die deutsche Einheit verzichten, sprechen sie auch dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung ab. Sie bringen damit zum Ausdruck, daß ihnen das Schicksal unserer Landsleute in der DDR gleichgültig ist, die es satt haben, in Unfreiheit zu leben, und die es nicht mehr ertragen können, ihrer Rechte beraubt zu sein.

Geradezu zynisch wird es, wenn AL und SPD festhalten, „es komme nicht darauf an, Grenzen . . . zu verändern“, dies gelte auch für die „deutsch-deutsche Grenze und die Mauer in Berlin“. Während sich die Stimmen führender westlicher Politiker mehren, die den Abriß der Mauer fordern, während inzwischen sogar aus der Sowjetunion distanzierende Äußerungen zu diesem monströsen Bauwerk kommen, nehmen AL und SPD Mauer und Stacheldraht hin.

Die „Kündigung der Zahlungen an die Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter“, macht deutlich, daß der AL und der SPD die Menschenrechte der Deutschen in der DDR offenbar ziemlich gleichgültig sind. Wer die Zahlungen für Salzgitter einstellen will, dient nicht den Menschen in der DDR, sondern kapituliert vor den Forderungen der SED-Führung.

Berlin wird zum Sammelbecken für Wirtschaftsasylanten

In der Ausländer- und Asylpolitik reißen SPD und AL bislang noch vorhandene Barrieren gegen einen weiteren ungehinderten Zugang ein. Berlin wird zum Sammelbecken für Wirtschaftsasylanten, die dann die Möglichkeit hätten, von Berlin aus ins übrige Bundesgebiet einzureisen.

- Der Aufenthalt für Asylbewerber soll attraktiver gestaltet werden. So sollen Asylbewerber nicht mehr in Gemeinschaftsunterkünften wohnen müssen; die

Sozialhilfe soll ungekürzt ausgezahlt werden; die Aufnahme einer Arbeit soll erlaubt werden.

● Auch Asylbewerber, deren Asylantrag rechtskräftig abgelehnt worden ist, weil die Antragsteller aus wirtschaftlichen Gründen und nicht wegen politischer Verfolgung zu uns gekommen sind, sollen grundsätzlich nicht mehr ausreisen müssen. Was das heißt, zeigt beispielsweise die Tatsache, daß 1988 von den Asylbewerbern aus Sri Lanka 99 Prozent nicht als politisch Verfolgte anerkannt wurden.

Alle diese Maßnahmen werden den Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung in Berlin deutlich steigen lassen. Berlin wird insbesondere eine Sogwirkung auf Wirtschaftsflüchtlinge und Scheinasylanten ausüben. Die Spannungen zwischen Deutschen und Ausländern werden steigen, weil keine Gesellschaft unbegrenzt Menschen aus fremden Kulturen aufnehmen kann. Vorhandene Wohnprobleme in Berlin werden verstärkt, die Konkurrenz um Arbeitsplätze wird zunehmen.

Die SPD weiß natürlich, daß auch SPD-Mitglieder für eine Regelung gegen den Asylmißbrauch eintreten. So sagte zum Beispiel der stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD, Ministerpräsident Johannes Rau:

„Die Bundesrepublik kann jedoch ebensowenig wie andere europäische Staaten alle Menschen aufnehmen, die als Folge von Kriegen, Menschenrechtsverletzungen und einer ungerechten Weltwirtschafts- und Sozialordnung in steigender Zahl ihre Heimat verlassen. Die Bundesregierung hat nach meiner Ansicht in dieser Lage die Pflicht, entsprechende eigene Schritte zu unternehmen, innerstaatlich wie im Zusammenwirken mit anderen Regierungen, um den verstärkten Zugang von Personen einzudämmen, bei denen die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme unseres Asylrechts nicht gegeben sind.“ (SPD-Presseerklärung, 18. September 1986) Und der Münchner SPD-Oberbürgermeister Georg Kronawitter stellte fest: „Auch die reiche Bundesrepublik kann beim besten Willen nicht alle jene auffangen, die in ihren Ländern in bitterer Not und Armut leben müssen.“ (zitiert nach „Die Welt“, 23. September 1986)

Verständnis gegenüber Rechtsbrechern – Mißtrauen gegenüber der Polizei

SPD und Grüne haben bislang im Deutschen Bundestag alle Gesetze zu einem besseren Schutz der inneren Sicherheit und der Demonstrationsfreiheit abgelehnt. Diesen Unsicherheitskurs wollen sie in Berlin fortsetzen.

Durch die verabredete Zusammenarbeit mit der AL wird die Polizei geschwächt, werden Rechtsbrecher begünstigt und die Sicherheit der Bürger Berlins gefährdet:

● Die Polizei soll in Berlin aus der Öffentlichkeit verbannt werden: „So wenig sichtbare Polizeipräsenz wie möglich.“ Aus der Sicht der AL sind nämlich nicht Radikale die Ursache von Gewalt, sondern die Anwesenheit der Polizei.

- Die Zuständigkeit der Polizei wird eingeschränkt. An die Stelle der Beamten, die mit der Bekämpfung von Kriminalität vertraut sind, sollen „soziale Notdienste“ treten.
- Die Polizei wird gegenüber Gewalttätern benachteiligt, denn es soll eine „Beschränkung der Bewaffnung“ eingeführt werden. Die Polizei wird sich in Berlin künftig gegen gewalttätige Rechtsbrecher nicht mehr angemessen zur Wehr setzen können.
- Eine wirkungsvolle, auf den Einzelfall abgestimmte Arbeit der Polizei wird unmöglich gemacht: Alarmeinheiten, wie zum Beispiel für besondere Lagen bei Demonstrationen oder zur Abwehr des Terrorismus, sollen aufgelöst werden. Den für diese schwierigen Aufgaben besonders ausgebildeten Beamten soll es nicht mehr geben. Für besondere Einsätze bereitgehaltene Einheiten sollen zum Streifendienst abkommandiert und dadurch ihren eigentlichen Aufgaben entzogen werden.
- Die vorbeugende Verbrechensbekämpfung wird eingeschränkt, unter anderem durch die „Beschränkung des Umfangs der Datenerhebung“. Dies entspricht der Haltung SPD-regierter Länder, die zum Beispiel eine Polizeidatei über reisende Chaoten ablehnen. Im Deutschen Bundestag haben SPD und Grüne die computergestützte Fahndung nach Schwerstverbrechern abgelehnt.
- Der Verfassungsschutz, der von seiner Aufgabenstellung her auch verdeckt arbeiten können muß, um verfassungsfeindliche Bestrebungen erkennen zu können, wird in Berlin künftig seine Aufgaben nicht mehr ausreichend wahrnehmen können: Nach dem Willen von SPD und AL soll er „offen arbeiten“ und überdies in seiner Tätigkeit eingeschränkt werden.
- Im Strafvollzug gilt künftig das Prinzip der „Öffnung“; denn SPD und AL lehnen einen „auf Sicherheit (des Bürgers) ausgerichteten“ Vollzug ab.

Die Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und AL gehen zu Lasten von Polizei und Bürgern, aber zugunsten von Chaoten und Rechtsbrechern. Sie bedeuten im Ergebnis:

- Die Polizei wird abgebaut und in ihren operativen Möglichkeiten eingeschränkt.
- Bürger, Staat und Polizei werden wehrlos gemacht gegenüber Kriminalität, Gewalt, Spionage, Terrorismus und Extremismus.
- Die unverhohlene Sympathie der Alternativen für Gewaltanwendung kann sich durch diese Koalitionsvereinbarung ungehinderter realisieren lassen. Chaoten und Terroristen können künftig in Berlin mit günstigen Voraussetzungen rechnen, zumal die lästige Polizeipräsenz abgeschafft werden soll. Die AL hat ihre Klientel gut bedient: In Berlin geht künftig Täterschutz vor Opferschutz.

Auf der Strecke bleibt vor allem der Bürger: Ihm wird in erheblichem Umfang der Schutz vor Gewalt beschnitten. Der Polizei wird die Möglichkeit genommen, sich angemessen gegen Übergriffe und lebensgefährliche Attacken zur Wehr zu setzen.

Auch vor Gericht hat der Bürger künftig weniger Chancen: Alltagsstreitfälle — sogenannte Bagatellstrafsachen — sollen (ähnlich wie in NRW) nicht mehr verhandelt werden. Die Bürger Berlins aber müssen künftig mit der Gefahr leben, daß verurteilte Gewalttäter aus dem offenen Vollzug heraus erneut Menschen schweren Schaden zufügen oder daß Drogenabhängige wieder in die Beschaffungskriminalität abgleiten.

Der AL geht die Zurückdrängung der Polizei noch nicht weit genug: „Weil wir vor allem im Bereich Polizei und Verfassungsschutz so gut wie nichts durchgesetzt haben.“ (Christian Ströbele, ZDF, „Heute-Journal“, 7. März 1989)

SPD und AL setzen die wirtschaftliche Zukunft Berlins aufs Spiel

Mühsam hat der CDU-geführte Berliner Senat neue Firmen für Berlin geworben und alte zu arbeitsplatzschaffenden Investitionen angeregt. 50.000 zusätzliche Arbeitsplätze seit Anfang 1984 sprechen für sich. Der Aufschwung gerät jetzt in Gefahr.

SPD und AL wollen mehr staatliche Lenkung und erheben Forderungen, die zu erheblichen Kostensteigerungen für Wirtschaft und Verbraucher führen müssen:

- Der öffentliche Dienst wird aufgebläht.
- Die Verschuldung erreicht Rekordhöhen.
- Die Gebühren werden erhöht.
- Der Stromverbund wird in Frage gestellt.
- Auf notwendige Infrastrukturmaßnahmen wie Ausbau der Flughäfen, Stadtautobahnen und Binnenschiffahrtswege wird verzichtet.
- Der Dienstleistungsabend wird abgelehnt.

Diese Wirtschaftspolitik bedeutet einen Rückfall in die siebziger Jahre, als jährlich über 10.000 Arbeitsplätze verloren gingen, weil die private Initiative zurückgedrängt wurde, Unternehmer nicht mehr flexibel auf veränderte Marktbedingungen reagieren konnten und die wirtschaftliche Dynamik verloren ging.

Die Folgen für Berlin sind eine Rekordverschuldung, Gefahren für den Wirtschaftsstandort Berlin und höhere Abgaben.

Rekordverschuldung

SPD und AL bauen mit falschen Zahlen eine Erblastlegende auf, um zu verschleiern, daß sie die Verschuldung auf Rekordhöhe treiben wollen: Die Nettokreditaufnahme soll nämlich bis 1992 von 750 Millionen Mark auf 1,4 Milliarden Mark steigen, also um 87 Prozent!

Diese Politik auf Pump gefährdet die Zukunftsfähigkeit der Stadt, weil sie künftige finanzielle Entscheidungsspielräume gefährlich einengt. Arbeitsplätze werden gefährdet, der Aufschwung Berlins wird unterbrochen. Übrigens: Vor der Wahl, am 22. September 1988, hat der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Schneider, eine Verschuldung von 750 Millionen Mark als unsozial, gigantisches Umverteilungsmanöver von unten nach oben, finanzpolitisch

disziplinos, moralisch untragbar gegenüber den künftigen Generationen bezeichnet. Welche Worte fallen ihm jetzt bei einer Neuverschuldung von 1,4 Milliarden Mark ein, der höchsten in der Nachkriegsgeschichte von Berlin?

Höhere Abgaben

Doch selbst die Rekordhöhe von 1,4 Milliarden Mark Neuverschuldung reicht nicht aus, um den Ausgabendurst zu löschen. SPD und AL fordern zahlreiche neue Ausgaben, verschweigen aber, wie sie diese finanzieren wollen. Durch noch mehr Schulden? Durch noch höhere Gebühren? Oder durch noch höhere Steuern? Am wahrscheinlichsten durch neue Forderungen an die Bundesregierung.

SPD und AL wollen die Verwaltungsgebühren und sonstigen Gebühren um jährlich 60 Millionen Mark erhöhen. Das bedeutet: SPD und AL ziehen den Bürgern das Geld aus der Tasche. Da die AL die Erhöhung der Gewerbesteuer vorerst nicht durchsetzen konnte, werden die Bürger nun auf der Gebührenschiene zur Kasse gebeten.

Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Berlin wird gefährdet, weil notwendige Infrastrukturmaßnahmen gestrichen werden: Die Forderung von SPD und AL, den Ausbau der Flughäfen Tegel und Tempelhof nicht weiterzuverfolgen, ist ein Angriff auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und damit auf die Lebensfähigkeit der Stadt. 65 Prozent der Fluggäste sind Dienstreisende. Das Wirtschaftsleben der Stadt kann auf sie nicht verzichten. Berlins wirtschaftliche Attraktivität beruht nicht zuletzt auf der guten Erreichbarkeit und der schnellen Verbindung zu den übrigen Wirtschaftszentren in der Bundesrepublik Deutschland. Es kommt darauf an, den Flugverkehr leiser und damit umweltverträglicher zu machen, aber nicht, ihn in Frage zu stellen.

Der Verzicht auf den Ausbau der Spandauer Schleuse ist eine verkehrspolitische Bankrotterklärung und wird den Transit-Schiffsverkehr als leistungsfähigen und umweltfreundlichen Verkehrsträger erheblich beeinträchtigen. Die Forderung schadet auch den innerdeutschen Beziehungen, weil sie einen Vertragsbruch ankündigt. Die DDR hat bereits die Vertragserfüllung angemahnt.

Gefahren für den Wirtschaftsstandort Berlin

Der Stromverbund zwischen BEWAG, Preussenelektra und Intrac (DDR) wird in Frage gestellt, das heißt die Energiekosten werden in die Höhe getrieben. Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Berlin wird verschlechtert.

Wer den öffentlichen Dienst aufbläht, entzieht der Wirtschaft das für arbeitsplatzschaffende Investitionen nötige Geld. Schon heute arbeiten in Berlin über 200.000 Menschen im öffentlichen Dienst; nur 160.000 sind in Industriebetrieben mit 20 und mehr Mitarbeitern tätig.

Der Beschluß, den Dienstleistungsabend abzulehnen, verstößt gegen die Interessen der Verbraucher. Am Dienstleistungsabend sollen nämlich Geschäfte und Behörden den Bürgern über die üblichen Schlußzeiten hinaus offenstehen. Wenigstens einmal in

der Woche soll es möglich sein, auch am Abend in Ruhe einzukaufen, zur Bank zu gehen oder den Paß verlängern zu lassen.

Auch die Wirtschaft hat größte Bedenken. Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) sorgt sich um den bisher positiven Konjunkturtrend. Die Bildung eines rot-grünen Senats in Berlin sei eine „negative Zäsur für die wirtschaftliche Entwicklung“. Angesichts der Ungewißheit über die künftige Wirtschaftspolitik könne die Devise der Unternehmen, so Hauptgeschäftsführer Franz Schoser am 8. März 1989, doch nur heißen: „Abwarten und erst einmal die Investitionsentscheidungen zurückstellen.“

Sogar Gewerkschaftsvertreter äußern sich ablehnend gegenüber einer rot-grünen Koalition in Berlin: Nach Auffassung des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Gustav Fehrenbach gefährdet eine derartige Senatskoalition Arbeitsplätze und schadet der regionalen Industrie und dem Handwerk; dem Kölner Express sagte Fehrenbach am 8. März 1989, der Berliner SPD-Chef Momper gehe ein „ungeheures Risiko“ ein. Eine SPD/AL-Koalition sei „im Regierungsaltag immer wieder vom Mißerfolg bedroht“.

Rot-grüne Mieten- und Wohnungspolitik – Schreckgespenst für private Investoren

SPD und AL setzen auch in der Mieten- und Wohnungspolitik auf staatlichen Dirigismus:

- Ein begrenzter Mietstopp soll eingeführt werden.
- Eine kostengünstige Alternative zum sozialen Wohnungsbau soll abgeschafft werden.
- Die private Wohnungswirtschaft soll weitgehend ausgeschaltet werden.
- Ein zusätzliches kommunales Wohnungsbauprogramm soll ganze 7.000 neue Wohnungen pro Jahr ermöglichen; das sind weniger, als der CDU-Senat ohnehin bauen wollte — nämlich 7.500.

Mit ihren Vorschlägen nehmen SPD und AL erneut die gescheiterte Politik des früheren SPD-Senats auf, die private Investoren vergrault und zu einem Wohnungsdesaster geführt hatte.

Mit der Programmaussage, in Berlin werde eine neue Form der Mietpreisbindung, also ein begrenzter Mietstopp, eingeführt, täuschen SPD und AL eine Kompetenz vor, die das Land Berlin nicht hat. Ein begrenzter Mietstopp wäre nur durch Bundesgesetz zu verwirklichen.

Die Forderung von SPD und AL, aus dem sogenannten 3. Förderweg auszusteigen, ist ein Aufruf zur Verschleuderung von Steuergeldern. Dieser Förderweg ist die kostengünstige Alternative zum sozialen Wohnungsbau. Danach können Bestimmungen zum Beispiel über die Miethöhe und die Dauer der Miet- und Belegungsbindung als Gegenleistung für die Förderung der Wohnungen flexibel

vereinbart werden. Während der Subventionsanteil je m² und Monat laut Haushaltsplan 1989 für den sozialen Wohnungsbau 16,50 Mark beträgt, beträgt der Subventionsanteil für den 3. Förderweg je m² und Monat 6,51 Mark. Verantwortungsvoller Umgang mit den Haushaltsmitteln „zwingt“ geradezu, den 3. Förderweg zu verstärken. SPD und AL stoppen also ein besonders kostengünstiges und erfolgreiches Modell für den Bau von Wohnraum.

Im übrigen ist der Wohnungsmarkt in Berlin darauf angewiesen, ein breites Angebot an Wohnungen zu bieten; denn nicht nur Personen, die innerhalb der Einkommensgrenzen des sozialen Wohnungsbaus liegen, suchen Wohnraum.

Städtische Träger, gemeinnützige Gesellschaften, Genossenschaften und kommunale Bauträger sollen Hauptträger des Wohnungsbaues sein, das heißt: die private Wohnungswirtschaft soll weitgehend ausgeschaltet werden. Dies aber ist der falsche Weg. Der Wohnungsbau in Berlin lebte in den vergangenen Jahren insbesondere von der Kapitalzufuhr aus dem übrigen Bundesgebiet.

Mit vielfach gescheiterten Maßnahmen wie begrenztem Mietstopp, Ausschaltung der privaten Wohnungswirtschaft und verschärfter Wohnungsaufsicht wollen SPD und AL in der kommenden Legislaturperiode im Schnitt 7.000 Wohnungen pro Jahr neu schaffen. Doch das ist zuwenig.

Die CDU sagt: 7.500 Wohneinheiten pro Jahr sind die Untergrenze des Bedarfs; in der kommenden Legislaturperiode müssen mindestens 30.000 neue Wohnungen gebaut werden. Bis Ende der neunziger Jahre sind 80.000 bis 100.000 Neubauwohnungen erforderlich; gleichzeitig muß der Altbaubestand modernisiert und instand gesetzt werden.

Sozialpolitischer Kahlschlag droht

Der CDU-geführte Senat hat für Berlin eine vorbildliche Sozialpolitik geschaffen. Das „Sozialmodell Berlin“ genießt breite Anerkennung. Demgegenüber fällt SPD und AL kaum etwas Neues ein.

Im Gegensatz zur CDU, deren Sozialpolitik solide finanziert war, bleibt bei SPD und AL die Frage offen, wer das bezahlt. Sozialpolitik ohne wirtschaftliche Vernunft aber raubt sich selbst die wichtigste Grundlage und führt letztendlich nicht zu mehr, sondern zu weniger Sozialpolitik.

Überall wo die Sozialdemokraten selbst regieren, betreiben sie sozialpolitischen Kahlschlag:

In keinem anderen Bundesland wurden die sozialen Leistungen so einschneidend gekürzt wie in dem SPD-regierten Nordrhein-Westfalen: Seit 1980 wurden insgesamt über zwei Milliarden Mark zu Lasten der Jugend, der Familien, der alten Menschen und der Behinderten eingespart.

- Landesjugendplan:
- Kindergartenbeitrag:

— 27,2 Prozent
bis + 400 Prozent teurer

- Kindererhöhung: — 72,7 Prozent
- Jugenderholung: — 46,7 Prozent
- Familienerholung: — 72,7 Prozent
- Adoptionsvermittlung: — 100 Prozent
- Altenhilfe: — 57,1 Prozent
- Altenheimbau u. ä.: — 57,8 Prozent
- Behindertenarbeit: — 37 Prozent

Im Saarland hatte die SPD 1985 ein vollständiges und modellhaft ausgebautes Netz von Sozialstationen von der CDU-Regierung übernommen; seit dieser Zeit verweigert die zuständige Ministerin den Sozialstationen die längst überfällige Personalaufstockung zur qualitativen Verbesserung ihrer Seniorenarbeit (gestiegenes Pflege- und Kommunikationsbedürfnis); für das Haushaltsjahr 1988 war der Mittelansatz für diese Altenhilfe sogar um 1,4 Millionen Mark gekürzt worden.

Ähnliches droht jetzt auch für Berlin. Ein erster Schritt zum Sozialabbau ist bereits in den Vereinbarungen zur Haushalts- und Finanzpolitik enthalten: Es soll eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden für die Abführung der Hälfte der jährlichen Überschüsse der Deutschen Klassenlotterie Berlin an den Landeshaushalt (rund 50 Millionen Mark). Diese Mittel wurden bisher vollständig für Soziales und Kultur verwendet.

Berlin wird in der modernen Medizin Provinz

Berlin hat sich in den letzten Jahren zu einem Zentrum moderner Medizin entwickelt. Dank SPD und AL droht es jetzt provinziell zu werden.

- Das Deutsche Herzzentrum soll auf dem jetzigen Stand eingefroren werden. Das Deutsche Herzzentrum Berlin hat sich zu einem der führenden Transplantationszentren Deutschlands entwickelt. Jede dritte Herztransplantation findet mittlerweile in Berlin statt. Ohne die im Deutschen Herzzentrum Berlin angebotenen Leistungen könnten in der nächsten Zeit die notwendigen Operationen am offenen Herzen (bis 1990 rund 24.000 pro Jahr in der Bundesrepublik Deutschland) nicht durchgeführt werden. Berlin trägt bisher wesentlich zur Versorgung herzkranker Menschen auch als überregionales Zentrum bei.
- Die Planung des Deutschen Rheumaforschungszentrums soll gestoppt werden. Damit wird ein wichtiger Bereich der Grundlagenforschung geschädigt.
- Gleiche Maßnahmen werden vermutlich das Zentrum für Schwer-Brandverletzte sowie das Transplantationszentrum Berlin treffen.
- Anstelle des alten kommunalen Virchow-Krankenhauses sollte ein neues 2.000 Betten umfassendes Universitätsklinikum errichtet werden. Das alte Charlottenburger Universitätsklinikum sollte aufgelöst werden. Aus dem Hochschulbauprogramm des Bundes sind hierfür 400 Millionen Mark Zuschuß vorgesehen. Dieses Projekt soll jetzt

gestoppt werden, das heißt alle bisherigen Investitionen sind in den Sand gesetzt. Rechtskräftige Verträge mit Baufirmen und Architekten werden nicht eingehalten. Die Folge werden Prozesse sein. Ein 400-Millionen-Zuschuß des Bundes steht nicht mehr zur Verfügung.

Stopp für den Straßenbau: Verkehrsblockade

SPD und AL betreiben eine autofeindliche Verkehrspolitik: Sie verzichten auf notwendige Straßenneubauten.

Die SPD hat sich der AL angepaßt. Sie geht von der Vision einer „autofreien Stadt“ aus. Durch Schikanen sollen Autofahrer zum Verzicht auf das Auto gezwungen werden: „Verzicht auf Erweiterung des Straßennetzes“, „Einführung von Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit auf allen Stadtstraßen“ und ein „Programm zur Parkplatzreduzierung“.

● Der Verzicht auf notwendige Straßenneubauten bedeutet: Betroffene Bürger müssen die Verkehrsbelastungen weiter ertragen — ohne Aussicht auf Abhilfe. Umgehungsstraßen hingegen bedeuten oftmals weniger Lärm, weniger Schadstoffe in Siedlungsgebieten sowie weniger Gefahren für Kinder und alte Menschen.

SPD/AL-Verkehrspolitik heißt: Die hochbelasteten Hauptverkehrsstraßen (Karl-Marx-Straße, Hermannstraße) bleiben mit ihren Verkehrsproblemen allein. Das Votum der SPD-Neukölln, die zusammen mit der CDU Neukölln die Autobahn gefordert hatte, fällt einfach unter den Tisch. Das ist eine verkehrs- und umweltpolitische Sünde; denn Verkehrsstau ist das Gegenteil von Umweltschutz. Die Erfahrungen von New York bis Mailand, von München bis Tokio beweisen, daß die Behinderung oder Vernachlässigung des Individualverkehrs keine Verlagerung zum öffentlichen Personennahverkehr bewirkt, sondern den Schadstoffausstoß vervielfacht.

Der Verzicht auf den Bau der wenigen Autobahnteilstücke bedeutet zudem auch Verzicht auf dreistellige Millionensummen zweckgebundener Bundesmittel, die nicht einfach „umgeschichtet“ werden können. Dies hat auch negative Auswirkungen auf die Beschäftigung.

Die sozialistische Einheitsschule soll durchgesetzt werden

SPD und AL wollen das Schulwesen in Berlin, das seine Leistungsfähigkeit in den letzten Jahren unter Beweis gestellt hat, gründlich umkrepeln:

● Die Schulen sollen über die Organisation des Unterrichts und die Form der Leistungsbeurteilung selbst entscheiden können.

- Die Verbindlichkeit der Rahmenpläne soll durch eine Öffnungsklausel aufgehoben werden.
- Die Privatschulen sollen finanziell ausgetrocknet und über kurz oder lang abgeschafft werden.

Diese Vorhaben bedeuten, daß Berlin vom Bildungswesen der Bundesrepublik Deutschland abgekoppelt wird:

- Wo Rahmenpläne außer Kraft gesetzt werden und Schulkonferenzen über Unterrichtsorganisation und Leistungsbeurteilung entscheiden, entfallen alle Vergleichsmöglichkeiten sowohl zwischen den Schulen in Berlin als auch zwischen Berlin und den übrigen Bundesländern. Berliner Zeugnisse geben künftig keine Auskunft mehr darüber, was ein Schüler tatsächlich gelernt hat und wie seine Leistung nach bundesweit einheitlichen Maßstäben zu bewerten ist. Hauptbetroffene werden die Berliner Schüler sein, deren Leistungsnachweise in Zukunft angezweifelt werden und die zum Beispiel bei der Bewerbung um einen Ausbildungsplatz einen zusätzlichen Qualifikationsnachweis erbringen müssen.
- Die Kultusministerkonferenz wird prüfen müssen, ob von Berliner Abiturienten künftig eine Hochschuleingangsprüfung verlangt werden muß, weil das Abitur des Landes Berlin nicht mehr den vereinbarten Normen entspricht.

Hinter diesen Vereinbarungen wird der Kern des Bildungskonzeptes der rot-grünen Koalition sichtbar: Die Privatschulen werden zurückgedrängt, der qualitative Standard der Hauptschulen wird abgebaut, die Sonderschulen werden aufgelöst, und die Gesamtschule wird gegenüber anderen Schulformen deutlich bessergestellt. Ziel ist ganz offensichtlich, in Berlin die **sozialistische Einheitsschule** für alle durchzusetzen. **Die Schule soll zum Instrument einer schleichenden Kulturrevolution umfunktioniert werden.** Welche Ziele hier verfolgt werden sollen, zeigt auch die Vereinbarung der neuen Koalitionäre, daß die bislang für den Schulgebrauch verbotenen Filme künftig freigegeben werden sollen. Das heißt im Klartext: Unterrichtsmaterialien, die wegen ideologisch-indoktrinierenden Inhalts bisher von den Kindern ferngehalten wurden, werden demnächst die Berliner Schulen überschwemmen.

In diese Linie paßt auch, daß in allen Jugendbildungsstätten ein zweiter Bildungsreferent für politische Bildungsarbeit „vor dem Hintergrund von Rechtsradikalismus“ eingestellt werden soll. Der Radikalismus von links existiert offensichtlich gar nicht. SPD und AL wollen mit dieser Vereinbarung ihren eigenen Sympathisanten auf Kosten des Steuerzahlers die Möglichkeit verschaffen, die politische Bildungsarbeit einseitig zu indoktrinieren.

Hochschule, Wissenschaft, Forschung: Abstieg ins Mittelmaß

In den zurückliegenden acht Jahren ist der Wissenschaftsstandort Berlin wieder attraktiv geworden: Spitzenwissenschaftler haben Berufungen nach Berlin

angenommen, Absolventen Berliner Hochschulen hatten gute Berufschancen, eine zukunftsweisende Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Wirtschaft und Industrie hatte sich entwickelt.

Nach den Plänen von SPD und AL soll diese positive Entwicklung gestoppt werden; Berlins Hochschulen sollen wieder in die politisch-ideologischen Grabenkämpfe der siebziger Jahre zurückentwickelt werden:

Im Kuratorium der Hochschulen sollen die „Staatsvertreter“ ersetzt werden durch Vertreter „relevanter gesellschaftlicher Kräfte“ — wer immer das sein mag. So werden linke Mehrheiten an den Hochschulen sichergestellt. Der Senat soll künftig über Satzungen und Prüfungsordnungen sowie über Aufstellung und Verabschiedung von Haushalten nicht mehr entscheiden können. Das heißt: Das parlamentarisch-repräsentative System wird für den Bereich der Hochschule weitgehend außer Kraft gesetzt. Die Hochschulen, die in ihren Entscheidungsgremien undifferenziert nach Viertelparitäten besetzt werden sollen, fordern und verwenden künftig Steuermittel in eigener Regie und nach eigenem Ermessen; die staatliche Kontrolle wird auf Fälle von Rechtsverstößen eingeschränkt.

SPD und AL bereiten mit diesen Weichenstellungen eine Re-Ideologisierung der Berliner Hochschulen vor, die in den siebziger Jahren schon einmal zum Kollaps des wissenschaftlichen Rufes geführt hat und in den kommenden Jahren wieder viele angesehene Wissenschaftler aus Berlin vergraulen wird. Das alte sozialistische Ideal, über Bildung und Wissenschaft Gesellschaftsreform zu betreiben, wird wiederbelebt: Hochschulen in Berlin sollen die „gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaft“ stärken; angestrebt wird die Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen und „gesellschaftlichen Organisationen“. Von einer praxisorientierten Zusammenarbeit von Forschung und Industrie ist keine Rede mehr.

In diese Linie paßt auch die Auflösung der Akademie der Wissenschaften, die namhafte Persönlichkeiten an Berlin gebunden hat. Polemisierende Ökoinstitute sind offensichtlich wichtiger als seriöse wissenschaftliche Arbeit. Mit dieser Wissenschaftspolitik wird Berlin allenfalls noch Mittelmaß halten können. Auf der anderen Seite ist es völlig unverständlich, daß der neue Senat zusätzlich sechs Millionen Mark jährlich — etwa soviel, wie die Akademie der Wissenschaften kostet — für „Projekte unabhängiger Kulturinitiativen“ bereitstellen will.

Rundfunk und Fernsehen: Staatliche Zensur statt Medienfreiheit

Die rot-grüne Koalition will in Berlin die Medienfreiheit einschränken und Rundfunk und Fernsehen reglementieren. Ziel von SPD und AL ist es offensichtlich, in Berlin einen rot-grünen Einheitsfunk durchzusetzen. So haben sich SPD und AL unter dem Vorwand, „eine fortschreitende Kommerzialisierung der Medien zu stoppen“, darauf geeinigt, den in Berlin sehr erfolgreichen Privatfunk auf gesetzlichem Wege in seinen freien Möglichkeiten zu beschneiden.

Bei den öffentlich-rechtlichen Medien in Berlin geht es SPD und AL um Überwachung und Einflußnahme auf die Redaktionen. So fordern SPD und AL: „Im Ressort des Senators für kulturelle Angelegenheiten wird eine Abteilung Medien eingerichtet“. — Dies wird nichts anderes als eine Medienkontrollbehörde werden.

Die völlige Kontrolle über das gesamte Rundfunk- und Fernsehwesen in Berlin wollen SPD und AL durch eine neue „Landesmedienanstalt“ erreichen, die Bestandteil eines „Landesmediengesetzes“ sein soll. Das Aufsichtsgremium einer solchen „Landesmedienanstalt“, bestehend aus „Vertreterinnen und Vertretern gesellschaftlich relevanter Gruppen“ soll die Aufgabe haben, „Lizenzen an private oder andere Anbieter, die nicht in den Geltungsbereich des SFB-Gesetzes fallen, zu erteilen oder zu widerrufen“.

Die Programme privater Anbieter sollen kontrolliert werden, ob sie „den Mindestanforderungen genügen“. Wer den rot-grünen „Mindestanforderungen“ nicht genügt, wird abgeschaltet. Die Krönung des Ganzen: Finanziert werden soll die „Landesmedienanstalt“ von den privaten Sendern.